

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan Telefon (075) 232 42 42 Fax Redaktion (075) 232 29 12 Fax Inserate (075) 232 95 46 Amtliches Publikationsorgan 90 Rp.

AKTUELL

Willi und Hermann an Sportministerkonferenz

(paf) - Auf Einladung der portugiesischen Regierung findet vom 17. bis 18. Mai 1995 in Lissabon die 8. Europäische Sportministerkonferenz statt. Das Hauptthema der Konferenz ist die Rolle des Sports in der Gesellschaft. Die Sportminister beabsichtigen, die Massnahmen zu definieren, welche getroffen werden müssen, um die Zukunft des Sports zu Beginn des 21. Jahrhunderts zu sichern. Liechtenstein wird an dieser Konferenz durch Regierungsrätin Dr. Andrea Willi, Inhaberin des Ressorts Kultur, Jugend und Sport, und Roman Hermann, Präsident des Sportbeirats, vertreten sein.

Schweiz: Weniger Alkohol konsumiert

Der Konsum alkoholischer Getränke ist in der Schweiz im vergangenen Jahr weiter zurückgegangen. Wie der Mitteilung der Eidgenössischen Alkoholverwaltung (EAV) vom Donnerstag in Bern zu entnehmen ist, lag der Pro-Kopf-Verbrauch reinen Alkohols 1994 auf dem tiefsten Stand seit mindestens 20 Jahren. Mehr als 80 Prozent des Alkohols wird in Form von Wein getrunken. Der Pro-Kopf-Konsum reinen Alkohols ging im Vergleich zum Vorjahr von zehn auf 9,7 Liter zurück. Der Weinverbrauch verminderte sich zwischen 1993 und 1994 von 46 auf 44,3 Liter.

Der Bierkonsum ging nur leicht von 65 auf 64,3 Liter und der Obstweinkonsum von 3,4 auf 3,2 Liter zurück. Der Genuss gebrannter Wasser zu 40 Volumenprozent sank von 4,1 auf 3,9 Liter.

10. AHV-Revision: «Vorteile für Frauen»

Ein ausschliesslich aus Frauen bestehendes Komitee will die Schweizerinnen davon überzeugen, dass ihnen die 10. AHV-Revision Vorteile bringt.

Mit einem Ja zur Vorlage würden die Frauen zudem Solidarität mit den wirtschaftlich Schwächeren üben und Mitverantwortung für die finanzielle Sicherung des Sozialwerkes übernehmen, sagten Komiteevertreterinnen in Bern. Mit der 10. AHV-Revision werde ein weiterer Schritt in Richtung Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau getan, vertrat das Komitee «Wir Frauen für die 10. AHV-Revision». Die Vorlage führe ein geschlechtsneutrales Beitrags- und Rentensystem und damit den individuellen Rentenanspruch für Frau und Mann ein. Erstmals würden die Erziehung von Kindern und die Betreuung von pflegebedürftigen Angehörigen als Arbeit anerkannt und bei der Rentenberechnung berücksichtigt.

Jetzt freier Zugang zum Europäischen Wirtschaftsraum

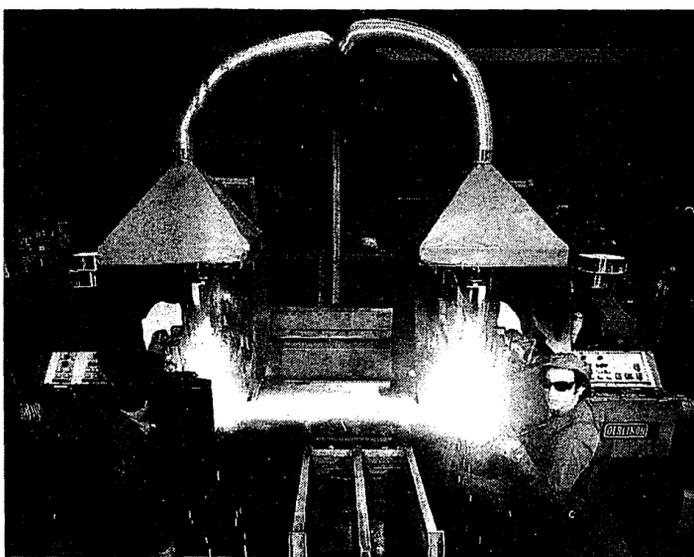
Informationen für Unternehmen der Industrie sowie für Mittel- und Kleinbetriebe über Marktzugang und Informationsbeschaffung

(G.M.) - Mit dem EWR-Beitritt am 1. Mai erhielt das Fürstentum Liechtenstein freien Zugang zum Europäischen Wirtschaftsraum. Die neuen Marktchancen können von den Unternehmen jedoch nur optimal genutzt und die Wettbewerbsnachteile nur vermieden werden, wenn sie über entsprechende Informationen verfügen. Das Euro Info Center der Schweiz führte gestern in Zusammenarbeit mit der Industrie- und Handelskammer sowie der Gewerbe- und Wirtschaftskammer eine Informationsveranstaltung durch.

Schon 1986 beschloss die Kommission der Europäischen Gemeinschaft, ein Netz von Euro-Informationszentren zu schaffen. Diese haben die Aufgabe, speziell die kleinen und mittleren Unternehmen in allen Fragen der Europäischen Gemeinschaft und ihrer Programme zu beraten und zu unterstützen. Derzeit umfasst dieses Netz schon über 200 Info Centres (EIC) in ganz Europa. Seit der Beschluss gefasst wurde, diese Informationszentren auch auf die EFTA-Staaten sowie die mitteleuropäischen Länder auszudehnen, gibt es ein Euro Info Center Schweiz, das seinen Tätigkeitsbereich auch über das Fürstentum Liechtenstein ausdehnt.

Zugang zu Informationen erleichtern

Das Euro Info Center hat den Auftrag, der schweizerischen und liechtensteinischen Wirtschaft den Zugang zu Informationen und Programmen der Europäischen Gemeinschaft zu erleichtern. Zu diesem Zweck wird eine Reihe von Dienstleistungen angeboten, die es den Unternehmen erlauben, sich den Bedingungen des grossen europäischen Bin-



Das Euro Info Center Schweiz, das auch als Informationsbüro für Liechtenstein tätig ist, stellte gestern in einer gemeinsamen Veranstaltung von Industrie- und Handelskammer sowie Gewerbe- und Wirtschaftskammer seine Dienstleistungen vor. Profitieren sollen vom Informationsangebot vor allem kleine und mittlere Unternehmen, die im Europäischen Wirtschaftsraum tätig sein wollen. (Archivbild)

nenmarktes optimal anzupassen und damit ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

Zugang zu EU-Datenbanken

Zu den Dienstleistungen des Euro Info Center gehört die Beratung in wirtschaftlichen, rechtlichen, politischen und organisatorischen Fragen zur EU und EWR sowie die Information über die Umsetzung und Anwendung von

EU/EWR-Regelungen in den Mitgliedsländern. Das Informationszentrum verhilft auch zum Zugang zu EU-Datenbanken. Zur Informationstätigkeit gehört der Vertrieb sämtlicher EU-Veröffentlichungen wie Richtlinien, Verordnungen, Broschüren oder Zeitschriften. Zu speziellen Themen führt das Zentrum auch Seminare und Workshops durch, welcher der besseren Nutzung des EU-Informationsangebotes dienen sollen.

Hilfe bei Suche nach Geschäftspartnern

Diese Informationen sind vor allem wichtig, weil sich die Gesetzgebung der Europäischen Gemeinschaft in ständiger Entwicklung befindet. Tausende von Richtlinien und fachspezifischen Regelungen werden laufend produziert, so dass es für einzelne Unternehmen kaum möglich ist, aus dieser Fülle die erforderlichen Informationen zu ziehen. Fachkundige Auskunft vermittelt das Euro Info Center Zürich, wozu auch statistische Grundlagen für Marktanalysen gehören. Ebenso findet eine Information über den Stand der Umsetzung von EU-Richtlinien in die nationale Gesetzgebung in den EWR-Ländern statt. Von Interesse ist ferner auch die Information über öffentliche Ausschreibungen in den EU-Mitgliedsländern. Das Euro Info Center schliesslich verhilft auch bei der Suche nach Geschäftspartnern im Europäischen Wirtschaftsraum.

Liechtensteinerin als Informationsbeauftragte

Amt für Volkswirtschaft, Industrie- und Handelskammer sowie Gewerbe- und Wirtschaftskammer haben gestern in einer gemeinsamen Veranstaltung über die Angebote des Euro Info Centers informiert. Zweifellos werden in Zukunft noch mehr liechtensteinische Unternehmen als bisher die Dienste dieses Informationszentrums in Anspruch nehmen. Zwischen Liechtenstein und dem Euro Info Center Schweiz gibt es schliesslich eine ausgezeichnete persönliche Verbindung: Die Liechtensteinerin Michaela Braun arbeitet dort als stellvertretende Leiterin und als Informationsbeauftragte.

Aufwand pro Krankenkassen-Mitglied um 12,3 % angestiegen

Das Amt für Volkswirtschaft veröffentlichte die Krankenkassen-Statistik für das Jahr 1993 - Insgesamt 44 768 Krankenversicherte registriert

(mö) - Im Jahre 1993 registrierten die Krankenkassen in Liechtenstein insgesamt 44 768 Krankenversicherte. Die Zahl der Versicherten stieg damit im Vergleich zum Vorjahr um 2115 Personen oder um 5 % an. Der Gesamtaufwand pro Versicherten erhöhte sich im Berichtsjahr 1993 um 215 Franken oder um 12,3 %. Die Erfolgsrechnung der Krankenkassen schloss mit einem Fehlbetrag von rund 3,4 Millionen Franken ab.

«Die Finanzierung der Krankenkassen steht infolge der progressiven Kostenentwicklung medizinischer Leistungen im Blickfeld des öffentlichen Interesses», hält das Amt für Volkswirtschaft in seiner gestern veröffentlichten Krankenkassenstatistik 1993 einleitend fest. Der Nutzen und Wert des Nicht-Krankseins, der Gesundheit, lasse sich wohl nur schwer in Zahlen darstellen. Die nun bekanntgegebenen statistischen Angaben der Krankenkassen zeigen dennoch interessante Entwicklungen.

1964 Franken pro Versicherten

Von den 44 768 Krankenversicherten des Jahres 1993 (Mehrfachzahlungen sind möglich) hatten 37 941 ihren Wohnsitz in Liechtenstein. Aus der Schweiz stammten 3762, aus Österreich 2988 und aus anderen Ländern noch 77 Versicherte. Der Gesamtaufwand pro Versicherten erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 215,12 Franken oder um 12,3 % auf 1964 Franken. Der Gesamtertrag je Krankenkassen-Mitglied stieg im Berichtsjahr 1993 um 118,43 Franken bzw. um 6,7 % auf 1888 Franken an.

Die Krankenpflege bildete mit 59,8 % (Vorjahr: 61,7 %) den Hauptanteil der Aufwendungen. Für die Krankenpflege wurden 1993 insgesamt rund 52,5 Mio. Franken aufgewendet, was einem Pro-Kopf-Betrag von fast 1174 Franken entspricht. Die Prämien für die Krankenpflegeversicherung (ca. 32,2 Mio. Franken) reichten bei weitem nicht zur Kostendeckung aus. Die Krankenpflegeko-

sten wurden zusätzlich durch finanzielle Zuschüsse der öffentlichen Hand gedeckt. Für 1993 beliefen sich die Landesbeiträge auf 18,2 Mio. Franken.

Arztkosten um 9,2 % gestiegen

Die betragsmässig wichtigsten Positionen innerhalb der Krankenpflege waren die Arztkosten (22,5 Mio. Franken), die Arzneikosten (9,3 Mio.) und die Heilanstaltskosten, die sich auf rund 15,9 Mio. Franken beliefen. Die Arztkosten erhöhten sich pro Kopf der Versicherten um fast 43 Franken oder um 9,2 % auf 503,65 Franken. Die Arzneikosten stiegen um beinahe 16 Franken oder um 8,2 % auf 208,55 Franken je Krankenkassenmitglied an. Die Heilanstaltskosten trugen im Berichtsjahr 354,85 Franken je Mitglied, womit sich im Vorjahresvergleich Mehrkosten von rund 19 Franken bzw. 5,6 % ergaben. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Heilanstalten ging von 16,6 Tagen im Jahre 1992 auf 15,3 Tage im Jahre 1993 leicht zurück.

Die aggregierte Erfolgsrechnung der Krankenkassen wies für das Jahr 1993 einen Fehlbetrag von 3,403 Mio. Franken aus. Den Gesamterträgen von 84,518 Mio. stehen Gesamtaufwendungen der Krankenkassen in Höhe von 87,921 Mio. Franken gegenüber. Im Jahre 1992 wurde bei Ausgaben von knapp 74,6 Mio. und Einnahmen von fast 75,5 Mio. noch ein Ertragsüberschuss von 881 820 Franken ausgewiesen.

Der Gesamtaufwand der Krankenkassen erhöhte sich demzufolge innert Jahresfrist um rund 13,3 Mio. Franken. Auf der Einnahmenseite machten 1993 die Beiträge der Versicherten und Arbeitgeber für die obligatorische Krankenpflegeversicherung eine Summe von rund 32,2 Mio. Franken oder 38,2 % der Gesamterträge aus. Die Bilanzsumme, die auf der Grundlage der Angaben der liechtensteinischen Krankenkassen approximativ hochgerechnet wurde, lag Ende 1993 bei 57,7 (Vorjahr: 49,2) Mio. Franken.

Schweiz Europameister im Blutspenden

Bern (AP) Die Menschen in der Schweiz haben letztes Jahr weniger Blut gespendet als im Jahr zuvor. Dennoch sind sie Europameister im Blutspenden, wie es an der Jahrespressekonferenz des SRK-Blutspendedienst am Donnerstag hiess.

Umsatz und Produktivität konnten je um mehr als 30 Prozent gesteigert werden.

Die Abnahme der Blutspenden um 4,3 Prozent dürfte laut Angaben des Zentrallaboratoriums Blutspendedienst (ZLB) des Schweizerischen Roten Kreuzes (SRK) hauptsächlich auf die Einführung eines neuen Spenderfragebogens zurückzuführen sein.

Stich bekräftigt Warnung vor Neat-Risiko

An Treuhändertagung in Luzern - Vor Bundesrats-Klausursitzung

Bern (AP) Vor der Neat-Klausursitzung des Bundesrates am Donnerstagabend hat Bundesrat Otto Stich seine Warnung vor einem grossen finanziellen Risiko für den Bund bekräftigt. Die Finanzierung des Alptransits müsse grundsätzlich über laufende Steuereinnahmen erfolgen, sagte Stich an der Treuhändertagung in Luzern.

«Ich wehre mich entschieden dagegen, dass kritische Einwände zur Finanzierung in die «Buchhalterdecke» verbannt werden», sagte der Finanzminister. Bei Infrastrukturinvestitionen dieser Grössenordnung stelle sich die Frage, ob eine derart riskobehaftete Grossinvestition

über Fremdkapital oder über Steuern finanziert werden solle. Beständen Zweifel über die Ertragsaussichten, dürften nicht ausschliesslich fremde Mittel zum Einsatz kommen. Eine nachhaltige Gesundung der Bundesfinanzen hänge zentral von der Finanzierung des Alptransits ab.

Jahrelang habe man sich bei der Finanzierung der SBB der «Fiktion» hingegeben, dass die den Bundesbahnen gewährten Darlehen aus eigener Kraft eines Tages zurückbezahlt werden könnten. Dies habe sich aber als blosses Wunschdenken erwiesen, und die Darlehen seien abzuschreiben.

Schulen auf Thema Rassismus sensibilisiert

Bern (AP) Die Schulen in der Schweiz sind laut einer Umfrage auf das Thema Rassismus sensibilisiert.

Der Rassismusbegriff werde aber sehr eng ausgelegt und sei praktisch ausschliesslich auf Ausländerfragen zentriert, heisst es in einer am Donnerstag in Bern vorgestellten Umfrage bei den kantonalen Erziehungsdirektionen und weiteren Institutionen.

Mit der Umfrage wollte das «Magazin für Schule und Kindergarten» des VPOD der Frage nachgehen, welche Auswirkungen die Annahme des Antirassismus-Gesetzes auf das Bildungswesen hat, wie Vertreter des Forums gegen Rassismus an der Pressekonferenz bekanntgab.

Schaan
zum Einkaufen

Auch Ihre Mutter hat Freude an einem Modegutschein vom

Modehaus Hannelore

Im Zentrum Kaufin 9494 Schaan